

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Umweltschutz gewährleisten - Deponie Ihlenberg wie geplant weiterbetreiben

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH (IAG) den Weiterbetrieb der Deponie bis mindestens zum Jahr 2050 zu gewährleisten. Die Entscheidung für eine vorzeitige Schließung bis zum Jahr 2035 wird zurückgenommen.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Die IAG betreibt eine moderne und effiziente Deponie zur Sicherstellung der umweltgerechten Entsorgung von menschengemachten Abfällen. Unabhängig von internen Verwaltungs- und Bearbeitungsabläufen, die jederzeit durch das Land optimiert werden könnten, nimmt die Deponie für gefährliche Abfälle (DK III) eine unverzichtbare Rolle im Entsorgungsgebiet Nord-Ost ein. Eine vorzeitige Schließung gefährdet die Entsorgungssicherheit in Norddeutschland und die Rücklagen für die Renaturierung des Ihlenbergs.

Die Schließung der Mülldeponie Ihlenberg führt nicht zu weniger Abfall, sondern nur zu einer Umverteilung des Abfalls. Der Sonderbeauftragte der Landesregierung empfiehlt für das Ausstiegsszenario 2035 deshalb bereits im kommenden Jahr 2020 eine Standortsuche in Mecklenburg-Vorpommern für eine neue Deponie der Klasse III. Es ist bar jeder Logik, eine funktionierende, eingespielte und moderne Deponie mit ausreichend Kapazitäten vorzeitig zu schließen, um eine neue Deponie unter Such-, Koordinations-, Verhandlungs- und Aufbaukosten zu errichten.

Die überwiegende Mehrheit der dort lebenden Bevölkerung, die Mitarbeiter und der Betriebsrat sehen keinen Grund für eine Schließung der Deponie.

Verschiedene Gutachten und Studien haben nachgewiesen, dass es keine juristisch haltbaren Verstöße gab oder Risiken für die Umwelt bestanden. Die vorzeitige Schließung ist eine rein politische Entscheidung, die nicht zur Lösung der Abfallproblematik beiträgt.